

Pressemitteilung

AZ: 0501 u. 1438-00

Mecklenburg-Vorpommerns Krankenhäusern geht das Geld aus

Schwerin, den 05.03.2021. In Mecklenburg-Vorpommern haben im Januar und Februar 2021 29 von 33 in den somatischen Fachgebieten zugelassene Krankenhäuser Patienten mit einer Covid-19-Symptomatik behandelt. In 24 dieser Krankenhäuser wurden die Patienten dabei auch auf der Intensivstation betreut. In 28 der 29 genannten Krankenhäuser und intensivmedizinisch davon in 23 Krankenhäusern war die Covid-19-Erkrankung auch der eigentliche Grund für den stationären Aufenthalt.

Die Pandemie führt gleichzeitig dazu, dass den Krankenhäusern das Geld ausgeht, denn Sie können nach wie vor nicht ihre volle Leistung für die Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern erbringen. Im Januar und Februar 2021 sind die Erlöse aus der Krankenbehandlung bereits um über 30 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Neben den somatischen Krankenhäusern betrifft dies auch die Psychiatrischen Kliniken in nicht unerheblichen Umfang. Gleichzeitig greifen aber die Finanzierungshilfen des Bundes in Mecklenburg-Vorpommern aufgrund der niedrigen Inzidenzen nur bei weniger als der Hälfte der Krankenhäuser und dies auch nur für wenige Wochen. In der Psychiatrie gibt es keinerlei Hilfen.

Für das Jahr 2021 erwarten 90% der Krankenhäuser in unserem Bundesland einen Belegungsrückgang von mehr als 10%. Davon etwa die Hälfte sogar über 20%! Selbst bei einem sofortigen Wegfall der Pandemiesituation werden die Krankenhäuser nach eigenen Angaben noch über 3 Monate benötigen, bis sie wieder im Routinebetrieb wie vor der Pandemie arbeiten können.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen erwarten viele unserer Kliniken die zeitnahe Zahlungsunfähigkeit, sofern keine Liquiditätshilfen oder Gegenmaßnahmen erfolgen. Etwa die Hälfte der Krankenhäuser rechnet damit, ohne Liquiditätshilfen nur noch für etwa 3 Monate die Löhne und Gehälter zahlen zu können. Knapp 20% rechnen mit einer ausreichenden Liquidität für die kommenden 6 Monate. Dabei gehen 80% unserer Krankenhäuser davon aus, als Gegenmaßnahme im Kalenderjahr 2021 Personal entlassen zu müssen, wenn keine Finanzierungshilfen erfolgen.

Insoweit stellt die von Bundesminister Spahn angekündigte „Steuerung von weiteren Hilfen auf Sicht“ letztlich eine nicht wegdiskutierbare Bedrohung für die Existenz der flächendeckenden stationären Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern dar. Die in der gestrigen Ministerpräsidentenkonferenz vereinbarte Lösung eines Ganzjahresausgleiches für die Krankenhäuser im Jahr 2022 hilft nur, wenn Sie bis dahin genug Liquidität bekommen. Noch im Dezember hatte der Bundesminister angekündigt, dass kein Krankenhaus die Löhne und Gehälter wegen der Corona-Pandemie nicht zahlen können. So er seinen Kurs nicht ändert, wird diese Situation aber in weniger als drei Monaten eintreten.

Verantwortlich i.S. des Presserechts: Uwe Borchmann, Geschäftsführer
Kontakt: Sabine Krüger Tel.: 0385/48529-116 info@kgmv.de